

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail an: remit@e-control.at

Kontakt
Dipl.-Volksw. Alexandra Gruber

DW
211

Unser Zeichen
AG/Ha – 19/2014

Ihr Zeichen

Datum
24.10.2014

Energiegroßhandelsdatenverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Verordnungsentwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Grundsätzliche Anmerkungen

Oesterreichs Energie unterstützt eine hohe Transparenz auf den Energiegroßhandelsmärkten, damit ein offener und fairer Wettbewerb sowie Marktintegrität gewährleistet sind.

Gerade vor dem Hintergrund eines sich immer stärker etablierenden, gesamteuropäischen Energiemarktes muss auch die Überwachung der Energiehandelsmärkte auf gesamteuropäischer Ebene erfolgen. Nationale Sonderlösungen sind daher zu vermeiden.

Die Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (REMIT) sieht unter anderem die europaweite Meldung von Transaktionsdaten am Energiegroßhandelsmarkt an die europäische Regulierungsagentur ACER vor. Die Details dazu werden derzeit in Durchführungsrechtsakten von der Europäischen Kommission festgelegt, welche in absehbarer Zeit finalisiert und veröffentlicht werden sowie umzusetzen sind.

Wir stellen fest, dass gemäß REMIT (Art. 7 Abs. 2) die nationalen Regulierungsbehörden den Handel mit Energiegroßhandelsprodukten in ihrem Land überwachen können, dies jedoch nicht verpflichtend ist.

Ungeachtet der umfangreichen und für die Marktteilnehmer zeit- und ressourcenintensiven Entwicklungen auf europäischer Ebene ist nun auch auf nationaler Ebene beabsichtigt, vorab und zusätzlich eine nicht weniger umfangreiche EGHD-VO mit nahezu identem Inhalt zu erlassen. Einziger Unterschied wäre, dass Informationen zu Energiegroßhandelstrans-

aktionen zeitlich nur unwesentlich früher an die österreichische Regulierungsbehörde zu melden sind.

Gänzlich außer Acht gelassen wird hier die Tatsache, dass REMIT ebenfalls festlegt,

- dass ACER zur Gewährleistung einer effizienten Überwachung allen relevanten Behörden Zugang zu den gesammelten einschlägigen Informationen (auch Transaktionsdaten) gewährt
- dass Doppelmeldungen derselben Transaktionen strikt zu vermeiden sind
- dass die nationalen Regulierungsbehörden mit der Agentur zusammenarbeiten.

Stattdessen würde die EGHD-VO zu einer Doppelberichtspflicht, erheblichen Mehrkosten und daraus resultierenden Wettbewerbsnachteilen auf Seiten der meldepflichtigen Unternehmen in Österreich führen. Diese Nachteile stehen in keiner Relation zum Informationsgewinn, der durch den zeitlichen Vorsprung erhofft wird. Im Gegenteil, es ist stark zu befürchten, dass ein national einseitiges Vorgehen vor Abschluss der europäischen Arbeiten aus folgenden Gründen zu chaotischen Zuständen führen wird:

- Unterschiedliche Definition und Interpretation der Datenfelder auf nationaler und europäischer Ebene und dadurch fehlende Übereinstimmung und vermehrter Abstimmungsaufwand
- Unterschiedliche Stichtage zur Übermittlung derselben Geschäftsfälle
- Doppelmeldungen: Meldung derselben Geschäftsfälle sowohl an ACER als auch die E-Control
 - Bei exakt gleichen Datenfeldern ist die Notwendigkeit einer eigenen nationalen Verordnung zu hinterfragen
 - Bei nicht identen Datenfeldern für ACER bzw. E-Control ist der Mehraufwand für den doppelten IT-Infrastruktur- und Reportingaufbau sowie die Abstimmung zu hinterfragen.

Daher sollten die europäischen Entwicklungen abgewartet und die EGHD-VO zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang mit den europäischen Vorgaben und Handbüchern (TRUM) sowie Datenformaten erlassen werden und die bei ACER zur Verfügung stehenden Daten auch direkt von ACER bezogen werden. Erst im Anschluss daran sollten eventuell zusätzlich notwendige Energiegroßhandelsdaten national erhoben werden. Dies entspricht auch der Vorgangsweise Deutschlands. Um weder die wirtschaftliche Funktion von Energiegroßhandelsmärkten zu beeinträchtigen noch Unternehmen am Standort Österreich unverhältnismäßigen Mehrbelastungen auszusetzen, muss der vorliegende Verordnungsentwurf in wesentlichen Punkten überarbeitet werden.

Wie die E-Control richtigerweise feststellt, haben die übermittelten Daten einen großen wirtschaftlichen Wert und fallen als Wirtschaftsdaten auch in den Anwendungsbereich des Datenschutzgesetzes. Es bedarf daher bei der Datenübermittlung und Datenspeicherung ausreichender Schutzmechanismen vor unerlaubten Datenzugriffen und Datenmanipulationen.

Es ist äußerst zweifelhaft, dass der nationale Vorstoß mit der EGHD-VO positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich haben wird.

Im Gegenteil, die Einführung nationaler Reportingpflichten vor Inkrafttreten europäischer Vorgaben wird unweigerlich zu Wettbewerbsverzerrungen führen und europäische Handelspartner aufgrund der hervorgerufenen Unklarheiten bezüglich der Meldepflichten davon abhalten, mit österreichischen Marktteilnehmern Geschäftsbeziehungen einzugehen.

Oesterreichs Energie ist überzeugt, dass Marktintegrität auf den europäischen Strom- und Gasmärkten nur supranational geregelt und überwacht werden kann und Eingriffe auf nationaler Ebene nur dann erfolgen sollten, wenn es im EU-Regelwerk tatsächlich Lücken geben sollte, die einer Ergänzung bedürfen.

Vorgabe des Gesetzgebers

Um eine effektive Überwachung des österreichischen Energiegroßhandelsmarktes zu gewährleisten, zeigt der Gesetzgeber in seinen Erläuterungen zum § 25a Abs. 2 E-ControlG unmittelbar nach Inkrafttreten der REMIT-VO [Verordnung (EU) Nr. 1227/2011] den Handelsbedarf der Regulierungsbehörde auf, eine umfangreiche Verordnung zu erlassen und diese entsprechend nach dem Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte zu reduzieren (vgl. IA 2323/A XXIV. GP, 12.).

Der vorliegende Entwurf zur EGHD-VO weicht von diesen Vorgaben ab. Darüber hinaus ist der Entwurf der Durchführungsverordnung am 3. Oktober 2014 derart konkretisiert worden, dass diese nur mehr von der Kommission und vom Rat erlassen und im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht werden muss. Von einer Verzögerung über Jahre kann daher nicht mehr gesprochen werden.

Es wäre entgegen dem gesetzlichen Auftrag, jetzt noch kurz vor dem tatsächlichen Inkrafttreten der Durchführungsverordnung eine zusätzliche nationale Verordnung über die Meldung von Energiegroßhandelsdaten zu erlassen und unverhältnismäßig, weil diese dann entsprechend nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung rückzubauen ist.

Nachstehend wird auf den Entwurf der EGHD-VO eingegangen:

- Der Anwendungsbereich dieser Verordnung ist weder hinsichtlich betroffener Märkte noch hinsichtlich betroffener Unternehmen ausreichend konkretisiert.
- Doppelmeldungen werden von den europäischen Gesetzgebern klar abgelehnt (siehe insbes. Erwägungsgrund 19 bzw. Art. 8.3 Verordnung (EU) No. 1227/2011 - REMIT). Mit Inkrafttreten der Verordnung soll jedoch explizit eine Doppelmeldung gesetzlich verankert werden (bereits unter EMIR und auch unter REMIT gemeldete Produkte müssten gemäß Verordnungsentwurf gemeldet werden), was somit den europäischen Regelungen widerspricht. Doppelte und mehrfache Reporting-Pflichten für (österreichische) Marktteilnehmer sind überdies auch nach § 25a Abs. 2 E-ControlG zu vermeiden. Außerdem ist E-Control angehalten, Verordnungen zu Meldepflichten möglichst im Einvernehmen mit den Betroffenen zu erlassen.
- Vorliegender Verordnungsentwurf präzisiert im Gegensatz zur REMIT (siehe Trade Reporting User Manual seitens ACER) die Form der Datenbringung nur unzureichend, wodurch den betroffenen Unternehmen die Implementierung erforderlicher Reportingautomatismen, insbesondere in der vorgesehenen Frist, wesentlich erschwert würde. Die seitens E-Control dazu eingerichtete Expertengruppe zur technischen Umsetzung der Reportingverpflichtungen von Nicht-Standardverträgen brachte hierzu bislang keine weitere Klarstellung.
- Da die unter REMIT und EGHD-VO zu meldenden Daten divergieren bzw. Datenformate derzeit nicht näher definiert sind, müssten betroffene Unternehmen parallel unterschiedliche Reportingautomatismen etablieren, wodurch von dieser Verordnung betroffene Unternehmen einer deutlichen Mehrbelastung gegenüber europäischen Mitbewerbern ausgesetzt würden.
- Eine nationale Überregulierung („Golden Plating“) führt zu einer Schlechterstellung der österreichischen Marktteilnehmer bzw. einer Benachteiligung des österreichischen Marktgebietes.
- Ein Großteil der in der EGHD-VO geforderten Daten wird aufgrund der Datenmeldepflichtung durch REMIT der nationalen Aufsichtsbehörde ohnehin in wenigen Monaten zur Verfügung stehen. Durch die EGHD-VO wird lediglich unter Inkaufnahme deutlicher finanzieller Mehrbelastungen betroffener Marktteilnehmer der Zeitpunkt der Datenmeldung der unter REMIT zu meldenden Verträge vorverschoben.
- Darüber hinaus sind laut ETA-VO (seit Oktober 2012 in Kraft) bereits jetzt alle Transaktionsdaten von den Unternehmen aufzubewahren und auf ausdrückliches schriftliches Verlangen an E-Control zu übermitteln.
- Da der Inhalt der zu meldenden Informationen marktsensible Daten darstellt, ist es unverzichtbar, in den Verordnungstext selbst Regelungen zur Geheimhaltungspflicht aufzunehmen.

Zum Verordnungsentwurf im Detail

Zu § 1 „Gegenstand und Anwendungsbereich“:

Das Abstellen des Umfangs der EGHD-VO auf Tätigkeiten, die „*Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt*“ haben, bietet einen großen Interpretationsspielraum, der einer weiteren konkreten Abgrenzung bedarf. Aufgrund der Tatsache, dass es ein deutsch-österreichisches Marktgebiet im Energiegroßhandel gibt, ist klarzustellen, welche Marktteilnehmer bzw. welche Transaktionen vom Regelungsumfang der EGHD-VO erfasst sind.

Zu § 2 „Begriffsbestimmungen“:

Die Definition für „Meldeverpflichteter“ fehlt und sollte im Verordnungstext aufgenommen werden. Siehe hierzu auch die Ausführungen zu § 4.3 und § 4.5.

In Österreich sind nur wenige Energieversorgungsunternehmen als aktive Händler (durch aktives Handeln an organisierten Märkten gem. EGHD-VO) zu bezeichnen, während der Großteil der österreichischen Energieversorgungsunternehmen auf die Belieferung von Endkunden spezialisiert ist und im Regelfall von aktiven Händlern vorbeliefert wird.

Die zwischen diesen Lieferanten und deren Vorlieferanten bestehenden Versorgungsverträge entsprechen i.d.R. Endkundenverträgen, sind jedoch auch als Energiegroßhandelsprodukt gem. REMIT zu klassifizieren, wobei diese jedoch nicht auf Energiegroßhandelsmärkten gehandelt werden, da die Möglichkeit der Weiterveräußerung vertraglich ausgeschlossen ist. Da diese Unternehmen somit keine Transaktionen auf Energiegroßhandelsmärkten tätigen, sollten diese, analog zur REMIT, grundsätzlich auch nicht als Marktteilnehmer klassifiziert werden.

Maßgeblich für die Möglichkeit, am europäischen Energiegroßhandel teilzunehmen, ist die Verfügbarkeit einer dazu erforderlichen technischen Infrastruktur zum Austausch entsprechender Fahrpläne (Führung eines von ENTSO-E verwalteten EIC-X-Codes)¹.

Es wird empfohlen, die Definition des Marktteilnehmers um die objektiv messbare technische Verfügbarkeit eines internationalen EIC-Codes zu ergänzen.

Zu § 2 (7): Die Definition von „Standardvertrag“ sollte sich an der entsprechenden Definition in der REMIT orientieren und auch die sogenannten „Look-a-like“-Verträge umfassen und die Meldung von diesen Geschäften durch die Marktteilnehmer im Standard-Formular vorsehen. Eine Abweichung führt für die Marktteilnehmer zu einem Mehraufwand in der IT-technischen Implementierung und der Umsetzung im laufenden Betrieb.

¹ https://www.entsoe.eu/fileadmin/user_upload/edi/library/eic/cds/area.htm

Zu § 3 „Meldepflichten“:

In diesem Punkt ist klarzustellen, dass für bereits unter einer anderen regulatorischen Vorschrift (z.B. Verordnung (EU) 648/2012, EMIR, REMIT) gemeldete Daten keine ergänzende Meldepflicht unter der EGHD-VO besteht.

Analog zu REMIT sollte eine de-minimis-Grenze (10 MW für Stromproduzenten bzw. 20 MW für Gasproduzenten) in der EGHD-VO vorgesehen werden.

Weiters fehlt eine Kennzeichnung, welche Datenfelder verpflichtend und welche optional zu melden sind.

Zu § 4 „Datenübermittlung“:

Zu § 4 (1): Die Datenübermittlungsformate sollten mit den unter REMIT geforderten Datenübermittlungsformaten übereinstimmen. Das Vorliegen unterschiedlicher Formatvorschriften stellt einen erheblichen technischen und finanziellen Mehraufwand in der Umsetzung dar.

Zu § 4 (2): Bei der Datenmeldung ist der ACER-Registrierungscode anzugeben. Eine derartige Registrierung ist erst ab Inkrafttreten der REMIT-Implementing Acts möglich. Da die EGHD-VO als Überbrückung zu diesen Implementing Acts konzipiert ist, ist somit nicht sichergestellt, dass alle Marktteilnehmer zum Zeitpunkt des Beginns der Meldeverpflichtung einen derartigen Code haben.

Zu § 4 (3): Es sollte ergänzend festgehalten werden, dass ausschließlich die gemäß EGHD-VO festgelegten Meldeverpflichteten gegenüber E-Control für die Datenübermittlung verantwortlich und haftend sind. Weiters ist sicherzustellen, dass Marktteilnehmer Zugriff auf die für sie gemeldeten Daten haben.

Die Datenfelder 58 und 59 betreffend der „Bestätigung“ von Kontrakten wurden im aktuellen Entwurf der Durchführungsrechtsakte gestrichen. Dies aus dem einfachen Grund, dass der organisierte Handelsplatz diese Information nicht hat, denn Bestätigungen erfolgen erst später direkt zwischen den Vertragspartnern.

Aus dem EGHD-VO-Entwurf geht nicht hervor, wie mit Änderungen zu bereits gemeldeten Standardverträgen verfahren wird. Gemeint sind Änderungen, die im Nachgang außerhalb des Handelsplatzes stattfinden.

Des Weiteren ist unklar, ob internationale, organisierte Handelsplätze überhaupt durch eine nationale Verordnung verpflichtet werden können, Daten an eine nationale Regulierungsbehörde zu liefern. Sollte dies nicht (kostenlos) der Fall sein, so entstünden zusätzliche Kosten (durch von den organisierten Handelsplätzen an die Marktteilnehmer verrechnete Kosten).

Zu § 4 (4): Die Zeitpunkte für die Übermittlung der Daten sollten mit den in REMIT festgelegten übereinstimmen, um einen Mehraufwand für die Marktteilnehmer zu vermeiden. Für die Festlegung kürzerer Fristen fehlt die Begründung.

Zu § 4 (5)

Im Gegensatz zur REMIT sieht die EGHD-VO keine Drittmeldung im Falle nicht standardisierter Verträge vor. Somit müssten alle Marktteilnehmer entsprechende Reporting-automatismen etablieren. Auch für nicht standardisierte Verträge ist eine Drittmeldung zu ermöglichen.

Für die Meldung von Nicht-Standardverträgen wären erhebliche Änderungen operativer Prozesse bzw. der Systeme erforderlich, da insbesondere Nicht-Standardverträge über die Belieferung von Endkunden (>600 GWh) bzw. Weiterverteiler als Vertriebsgeschäfte anzusehen sind. Da diese Verträge nicht fahrplanrelevant sind, werden diese Verträge i.d.R. nicht über standardisierte Handelssysteme abgebildet. Für eine weitgehende Automatisierung von Nicht-Standardverträgen ist grundsätzlich eine Frist analog REMIT bzw. Implementing Act notwendig, die in der EGHD-VO definierte Frist ist für die Abbildung von Nicht-Standardverträgen absolut unzureichend.

Analog zum REMIT Trade Reporting User Manual müsste eine detaillierte Beschreibung der Datenfelder erfolgen, unzureichende Spezifikationen behindern die Umsetzung entsprechender Automatisierungsprojekte.

Hinsichtlich Nicht-Standardverträge sind Lebenszyklusinformationen näher zu definieren. Welche Änderungen/Anpassungen sind als wesentliche Lebenszyklusinformationen anzusehen? Ohne konkrete Definition dieser Lebenszyklusinformationen kann insbesondere kein einheitlicher Reportingprozess bilateraler Verträge, welche von zwei Parteien zu melden sind, stattfinden.

Zu § 4 (7): Die Verpflichtung zur Übermittlung von Fahrplänen sollte gänzlich entfallen. Durch die Übermittlung der einzelnen Transaktionen hat E-Control bereits Kenntnis über dieselben Daten(-inhalte). Die Meldung bereits in anderer Form vorliegender Daten ist nicht begründet.

Zu § 4 (8): Träte die EGHD-VO früher in Kraft als die Durchführungsverordnung zur REMIT, ergäben sich daraus Abweichungen zwischen den zu meldenden Daten, weil es unterschiedliche Stichtage für das Backloading gäbe. Neben doppelten Meldepflichten wären die Marktteilnehmer auch mit einem höheren administrativen und finanziellen Aufwand für die Rückmeldungen konfrontiert.

Zu § 5 „Inkrafttreten und Schlussbestimmungen“:

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorbereitungszeit für alle Marktteilnehmer in der Europäischen Union wäre ein Inkrafttreten der EGHD-VO zeitgleich mit oder nach Inkrafttreten der Meldepflichtungen nach REMIT erforderlich. Dies würde darüber hinaus zu einer Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer am europäischen Energiegroßhandelsmarkt

führen und den Administrations- und Kostenaufwand (durch zeitgleiche Anpassung der IT-technischen Infrastruktur an REMIT und EGHD-VO-Vorgaben) erheblich reduzieren.

Die Zeitpunkte des Inkrafttretens für die Meldeverpflichtung für Standardverträge bzw. Nicht-Standardverträge unter der EGHD-VO sollten entsprechend mit jenen in der REMIT festgelegten übereinstimmen.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Österreichs E-Wirtschaft und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

DI Wolfgang Anzengruber
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin